



## Nachgefragt

# Migration

1. Was unternehmen Sie in Ihrer Kommune gegen rechtspopulistische und -radikale Aktivitäten und Narrative, die die Würde und Sicherheit von Migrant\*innen und Geflüchteten gefährden?
2. Unterstützen Sie in Ihrer Kommune Integration durch schnelle Arbeitsmarkt-zugänge, Bleiberechte, dezentralen Wohnraum und den Ausbau von Sprachkursen oder setzen Sie auf Abschiebung, „Duldung light“ oder die Bezahlkarte?
3. Wie gelingt es, dass alle zugewanderten Kinder und Jugendlichen in NRW regulär die Schule besuchen können – auch diejenigen in Landesunterkünften, Sammelunterkünften oder ohne Meldeadresse?
4. Setzen Sie sich für die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes ein, das wirksamen Schutz vor Diskriminierung durch öffentliche Stellen bietet – insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte?



## Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW sagt:

Bei uns ist kein Platz für Rassismus und Hetze!

Zur Förderung von Teilhabe und Integration sollten alle Geflüchteten – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus – Zugang zum Arbeitsmarkt, Wohnraum und Sprachkursen haben.

Die teure und verwaltungsaufwändige Bezahlkarte lehnen wir ab.

Das Recht auf Bildung und somit auf einen Schulplatz gilt für alle Kinder und Jugendliche.

Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW fordert die Einführung und Umsetzung eines Landes-antidiskriminierungsgesetzes.

Wir mischen uns ein, damit alle Menschen, die in NRW leben, soziale Gerechtigkeit erfahren können!